

## **Antrag**

der Abgeordneten **Königsberger, Waldhäusl, Ing. Huber, Landbauer, Gabmann, Dr. Von Gimborn** und **Dr. Machacek**

**betreffend: Bürokratieabbau statt Hürdenlauf für unsere Pensionisten**

371.500 aller Menschen über 65 Jahre sind in Österreich von Einkommensarmut betroffen. Eine Zahl, die nicht nur erschreckend ist, sondern deutlich macht, dass es höchst an der Zeit ist, unseren Senioren endlich unter die Arme zu greifen und Maßnahmen zu setzen, um diese Entwicklung zu stoppen. Denn hinter dieser Zahl verbergen sich 371.500 einzelne – teils dramatische – Schicksale von alten, hilfsbedürftigen Menschen, die unter schlechten Wohnsituationen, mangelndem finanziellen Spielraum, sozialer Isolation und einem erhöhten Risiko zu erkranken, tagtäglich zu leiden haben.

Ebenso deutlich, wie alarmierend, sind die Zahlen der Ausgleichszulagenbezieher in Österreich: 211.237 Pensionisten, davon knapp 35.000 in Niederösterreich, bekommen weniger als rd. € 890,-- und waren 2016 auf Zuschüsse des Staates angewiesen. Während Österreich die Pensionen für EU-Ostbürger immer mehr auffettet (so hat sich die Anzahl der Ausgleichszulagenbezieher aus Bulgarien, Rumänien und Polen von 2010 bis 2016 verdreifacht) und im vergangenen Jahr 200 Millionen Euro Pensionsleistungen allein an Türken ausbezahlt wurden, wird die Beantragung der Ausgleichszulage für unsere Landsleute oftmals zum Hürdenlauf. Um diesen Menschen, die ohnehin tagtäglich mit genügend Problemen konfrontiert sind, nicht auch noch unnötige bürokratische Bürden aufzuerlegen, ist es zweifellos notwendig, den Zugang zur Ausgleichszulage wesentlich zu vereinfachen. Des Weiteren soll die Befreiung von Rezept- und Rundfunkgebühren als auch des Serviceentgeltes für die e-card nicht nur automatisch an den Bezug der Ausgleichszulage gekoppelt, sondern diese auch nicht mehr separat zu beantragen sein. Die jeweilige Pensionsversicherungsanstalt hat mit der Bewilligung auf Ausgleichszulage auch gleichzeitig alle Formalitäten betreffend Gebührenbefreiungen mit den Krankenversicherungsträgern und der GIS zu erledigen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für einen Bürokratieabbau bei Ausgleichszulagenbeziehern aus.
- 2) Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, bei der Bundesregierung die entsprechenden Gesetzesänderungen einzufordern.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Sozial-Ausschuss zuzuweisen.